

A1 Beschluss Klima

Antragsteller*in: Alex Burger

1 Beschluss der Fraktionsvorsitzendenkonferenz

2 von Bündnis 90/Die Grünen

3 Mainz, 12. Februar 2016

4 Weltklimavertrag von Paris ernst nehmen – Klimaschutz konsequent anpacken
5 [Arbeitstitel]

6 Klimaschutz und damit die Bekämpfung der globalen Erderwärmung ist eine der
7 zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Der Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre
8 ist heute so hoch wie nie zu vor in der Menschheitsgeschichte. Weltweit besteht
9 Einigkeit darin, dass der Grund für den rasanten Anstieg anthropogen bedingt
10 ist.

11 Der Klimawandel ist längst mehr als ein Ausschlag auf Messinstrumenten einiger
12 Wissenschaftler, die Klimakrise ist Realität und für jeden spürbar geworden.
13 Klimaexperten warnen vor weitaus dramatischeren Folgen wenn es nicht gelingt,
14 den globalen Temperaturanstieg bis zum Ende dieses Jahrhunderts deutlich unter
15 zwei Grad Celsius zu halten. Immer mehr Wetterkatastrophen, ausgetrocknete
16 Böden, Wasserknappheit, das Aussterben tausender Tier- und Pflanzenarten und die
17 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen wie auch unserer Gesundheit sind die direkte
18 Konsequenz. Die Klimakrise trägt dazu bei, dass sich Konflikte und Kriege
19 verschärfen und die globale Ungerechtigkeit weiter steigt. Damit ist sie auch im
20 Hinblick auf Fluchtursachen von wachsender Bedeutung.

21 Mit dem Klimavertrag von Paris hat die Weltgemeinschaft eine wichtige Etappe für
22 den Klimaschutz erreicht. Die Botschaft die aus Paris an die Welt gesendet
23 wurde, war dabei eindeutig: Zur Lösung der Klimakrise müssen wir raus aus den
24 fossilen Energien und rein in die erneuerbaren Energien. Der Vertrag von Paris
25 bildet eine gute Grundlage, die globale Transformation hin zu einer
26 klimaneutralen Wirtschaft einzuleiten. Aber die Grundlage allein wird nicht
27 ausreichen. Der Vertrag muss nun von den nationalen Regierungen auch konsequent
28 umgesetzt werden. Denn für effektiven Klimaschutz braucht es nicht nur
29 verbindliche globale Rahmenbedingungen, sondern auch nationales und lokales
30 Handeln.

31 Gerade die Bundesländer, in denen Grüne Regierungsverantwortung tragen, zeigen
32 schon heute wie ambitionierter und effektiver Klimaschutz aussieht. So verfügen
33 Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über eigene
34 Klimaschutzgesetze. Auch bei der Umsetzung der Energiewende sind die Grünen
35 Bundesländer an der Spitze der Bewegung. [Platz für weitere Beispiele aus den
36 Grünen Ländern].

37 Im Gegensatz dazu beschränkt die schwarz-rote Bundesregierung ihre Klimapolitik
38 meist nur auf Sonntagsreden. Das zentrale Ziel der Bundesregierung, die
39 Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, ist
40 erheblich gefährdet. Der Pro-Kopf Ausstoß an CO₂ ist in Deutschland trotz des
41 jahrelangen Booms erneuerbarer Energien kaum gesunken. Beim Ausbau der
42 Erneuerbaren müsste die Bundesregierung nach Ihrem Auftritt bei der COP 21 in
43 Paris längst ambitioniertere Ausbauziele ausgeben. Stattdessen zeigen die

44 Überlegungen bei der aktuellen EEG Novelle in eine andere Richtung. Alte
45 schmutzige Kohlekraftwerke werden subventioniert und die dezentrale und
46 bürgernahe Energiewende droht zum Opfer falscher Weichenstellungen im
47 Bundeswirtschaftsministerium zu werden. Die nach wie vor viel zu hohen
48 Treibhausgasemissionen in den Bereichen Verkehr und Landwirtschaft werden durch
49 schwarz-rot konsequent ignoriert. Kurzum: Mit der derzeitigen Politik kann der
50 Pariser Vertrag nicht eingehalten und die Klimakrise nicht gelöst werden.

51 Vor diesem Hintergrund fordern die Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE
52 GRÜNEN:

53 1. Klimaschutz europäisch denken

54 a. Der europäische Emissionshandel muss dringend reformiert werden. Mindestens
55 zwei Milliarden überschüssige Zertifikate müssen gelöscht und ein europäischer
56 Mindestpreis für CO₂ eingeführt werden. Bis diese Forderung umgesetzt ist,
57 muss Deutschland vorangehen und national einen Mindestpreis für CO₂ einführen.

58 b. Die Energiewende muss auch in Europa fest verankert werden. Nur so kann es
59 gelingen, ihren Fortgang effizienter und schneller zu gestalten. Dazu gehört
60 auch, aus der Subventionierung fossiler Energien wie auch der Atomkraft
61 europaweit auszusteigen.

62 2. Klimaschutz braucht einen verbindlichen Rechtsrahmen

63 a. Die Umsetzung von Klimaschutz darf nicht von Legislaturperioden abhängig
64 sein. Um dies zu gewährleisten muss der Klimaschutz endlich als Verfassungsziel
65 im Grundgesetz verankert werden.

66 b. Die Umsetzung dieses Verfassungsziels muss durch ein ambitioniertes
67 nationales Klimaschutzgesetz geregelt werden. Das Klimaschutzgesetz muss bis
68 2050 jährliche Zielvorgaben für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude,
69 Industrie und Landwirtschaft festlegen, diese mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen
70 versehen und deren Wirkung ein transparentes Monitoring überwachen.

71 3. Kohleausstieg einleiten und eine dynamische Energiewende ermöglichen

72 a. Der Kohleausstieg muss eingeleitet und in den nächsten 15 bis 20 Jahren
73 vollzogen werden. Um das Treibhausgasminderungsziel für 2020 noch zu erreichen,
74 sollte das Instrument der CO₂- Grenzwerte genutzt und ein maximales
75 Emissionsbudget pro Kraftwerksblock festgesetzt werden. Dass dies ohne
76 Verwerfungen bei Versorgungssicherheit und Verbraucherpreisen möglich ist,
77 zeigen zahlreiche Studien beispielsweise des DIW, des IZES und zuletzt von Agora
78 Energiewende.

79 b. Der dynamische und ambitionierte Ausbau der erneuerbaren Energien muss auch
80 künftig wieder möglich sein. Dafür muss die Deckelung der Erneuerbaren
81 zurückgenommen werden und das System der Einspeisevergütung erhalten bleiben.

82 c. Die dezentrale Umsetzung der Energiewende muss nicht nur weiterhin ermöglicht
83 werden, sondern gezielt gefördert. Denn gerade die dezentrale Energiewende,
84 insbesondere mit PV und Windenergie, senkt die Kosten der Energiewende.

85 d. Die Energiewende muss dezentral im gesamten Bundesgebiet stattfinden. Auch in
86 Zukunft darf der Ausbau der Windenergie nicht auf den Norden beschränkt werden.

-
- 87 e. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende muss wieder
88 gewährleisten und die Hindernisse für die Bürgerenergie abgebaut werden.
- 89 f. Investitionen in den Klimaschutz müssen belohnt werden, anstatt weiterhin
90 hohen Energieverbrauch zu begünstigen. Ausnahmen bei der Energiesteuer, der
91 Besonderen Ausgleichsregelung und den Netzentgelten sind auf die wenigen
92 Branchen zu beschränken, denen andernfalls tatsächlich Nachteile im
93 internationalen Wettbewerb entstehen.
- 94 4. Klimafreundliche Verkehrswende einleiten
- 95 a. Eine Investitionsoffensive muss gestartet werden, um den ÖPNV zu stärken und
96 alle Verkehrsangebote nahtlos und nutzerfreundlich miteinander zu verknüpfen.
- 97 b. Anreize zur Nutzung der Elektromobilität müssen ausgebaut werden.
- 98 c. Es muss eine Verlagerung des Schwerlasttransports von der Straße auf die
99 Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße erreicht werden. Hierzu sollte eine
100 schrittweise Erhöhung der LKW-Maut erfolgen.
- 101 5. Klimafreundliche Wärmewende einleiten
- 102 a. In den nächsten 25 Jahren muss durch den Einsatz erneuerbarer Energien und
103 einer Steigerung der Energieeffizienz ein klimaneutraler Gebäudebestand erreicht
104 werden.
- 105 b. Deutschland braucht ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG), das
106 auch für bestehende Gebäude eine Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Wärme
107 einführt. Bis dies der Fall ist, sollten die Länder, nach dem Vorbild von Baden-
108 Württemberg, selbst aktiv werden.
- 109 c. Durch entsprechende Förderprogramme muss der nötige soziale Ausgleich bei der
110 Wärmewende sichergestellt werden.
- 111 6. Klimafreundliche Agrarwende einleiten
- 112 a. Die mittelständische und bäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss
113 gestärkt und der fortschreitenden Industrialisierung insbesondere der
114 Tierhaltung entgegengewirkt werden.
- 115 b. Die artgerechte und flächengebundene Tierhaltung muss rechtlich besser
116 verankert werden.
- 117 c. Die Überproduktion und die damit verbundene Verschwendung von Lebensmitteln
118 und der dafür notwendigen Produktionsmittel muss minimiert werden.
- 119 7. Investitionen aus fossilen Energien abziehen
- 120 a. Deutschland muss endlich vollständig aus der internationalen
121 Kohlefinanzierung wie auch der Finanzierung fossiler Energien insgesamt
122 aussteigen.
- 123 b. Die freiwerdenden Finanzmittel müssen dort investiert werden, wo nachhaltige
124 Innovationen stattfinden.
- 125 8. International Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen
- 126 a. Deutschland muss auch international noch mehr Verantwortung übernehmen und
127 die Unterstützung anderer Länder, insbesondere von Entwicklungsländern, bei

128 Klimaschutz und Energiewende aber auch bei der Anpassung an den Klimawandel
129 intensivieren.

130 b. Bei der Frage nach einer neuen Zielgröße für die internationale
131 Klimafinanzierung und die beitragenden Staaten nach 2025 muss Deutschland eine
132 Vorreiterrolle einnehmen und darauf hinwirken, dass ausreichend Mittel für die
133 globale Transformation in Richtung Dekarbonisierung und Resilienz bereitgestellt
134 werden.